

Uferrenaturierung bleibt Streitthema

52
23.18

Bürger äußern im Gemeinderat Unverständnis zum Vorgehen – Räte kritisieren Verwaltung

Von Britta Baier

KRESSBRONN - Die Uferrenaturierung ist zwar nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderats gestanden – beschäftigt hat sie die Räte jedoch trotzdem. Viele Bürger waren gekommen, die in der Fragestunde erneut ihren Ärger zum geplanten Abbruch der Mauer im Seegarten zum Ausdruck brachten. Bürgermeister Daniel Enzensperger dagegen verweist immer wieder darauf, dass das Regierungspräsidium die ausführende Behörde sei. Die Räte wiederum kritisierten am Ende der Sitzung die Haltung ihres Vorsitzenden – sie hätten sich durchaus deutlichere Worte gegenüber den Kritikern gewünscht.

Um das Thema „Uferrenaturierung“ kam am Mittwochabend auch der Gemeinderat nicht herum – zu turbulent waren die Ereignisse vergangene Woche gewesen (die Schwäbische Zeitung berichtete). Als ob Bürgermeister Enzensperger ahnte, weshalb der Zuschauertraum des Sitzungssaals ungewöhnlich voll war, ergriff er gleich zu Beginn das Wort: „Wir sind in dieser Sache ein schlechter Informationsgeber – wir wissen nicht mehr, als in der Zeitung steht.“ Das Regierungspräsidium sei ausführende Behörde, wer Informa-

tionen zur Renaturierung wolle, müsse sich dorthin wenden.

Mit Arbeiten im Seegarten warten

Das wollten die Zuhörer allerdings nicht hören – sie wandten sich in der Bürgerfragestunde dennoch an Verwaltung und Gemeinderat. „Muss die Mauer im Seegarten denn überhaupt fallen? Gibt es nicht doch noch eine Möglichkeit, ein Veto einzulegen“, fragte Karin Hegel. Denn solange, wie im westlichen Teil

„Das befremdet die Bürger, dass Sie immer sagen: Das bauen nicht wir, das geht uns nichts an.“

Grünen Rätin Silvia Queri

die Maßnahme ohnehin bis zum nächsten Winter auf Eis liege, könne man doch im Seegarten auch zunächst abwarten, wie sich die Dinge entwickelten. Florian Dauth schob hinterher: „Ist Ihnen eigentlich egal, was da unten passiert?“

Der Bürgermeister verwies erneut auf den rechtsgründigen Planfeststellungsbeschluss, der nunmal Abriss der Mauer vorsehe – und das müsse akzeptiert werden. Dennoch habe er die Untersuchung des Seeforschungsinstituts durchgelesen, das die Auswirkungen der Freitrepp-

durch die Nähe zum Landungssteg für die Renaturierung für so marginal hält, dass die Treppe aus Sicht des Instituts erhalten bleiben könne. „Ich habe deshalb nachgefragt, wie es mit der Mauer sei“, so der Schultes. Doch die Auswirkungen des Bauwerks auf die Flachwasserzone seien so gravierend, dass ein Mauerabriss unumgänglich sei. „Wir vertrauen natürlich dem Seeforschungsinstitut – da spielt unsere Auffassung keine Rolle, wenn der Abriss für die Renaturierung unumgänglich ist.“ Doch der Einwand aus der Bürgergesellschaft: Das Institut sei vom Regierungspräsidium beauftragt worden und würde damit für Gemeinde und Land arbeiten.

„Wir wissen von nichts“

Britta Wagner (SPD) nahm das Thema schließlich unter dem Punkt „Verschiedenes“ erneut auf und regte an, jemanden vom Regierungspräsidium einzuladen, um direkte Informationen zu bekommen – vor allem, was die Ergebnisse der Bodenunter-

suchungen angehe, die die Arbeiten im westlichen Teil unter anderem zum Stoppen gebracht hätten. Denn auch hier lautete die Antwort des Bürgermeisters: „Ich habe keine Ahnung – wir sind nicht planende Behörde.“ Er glaube nicht, dass diese Bodenuntersuchung „der Dreh- und Angelpunkt“ des Verfahrens sei und schlug vor, die Informationen schriftlich einzuholen. Dafür gab es Zustimmung der übrigen Räte.

Nicht aber für sein Verhalten: „Ich hätte mir in der Bürgerfragestunde deutliche Gegenargumente gewünscht“, sagte Stefan Fehringer (BWW) Richtung Schultes und Verwaltungsbank – schließlich dürfe der Gemeinderat an der Runde mit den Bürgern nicht teilnehmen. Auch Wolfgang Binzler (CDU) kritisierte: „Wir werden da draußen angesprochen und wissen von nichts.“ Silvia Queri (Grüne) brachte es auf den Punkt: „Als Bürger würde ich mir wünschen, dass Bürgermeister und Gemeinderat kritisch und engmaschig begleiten, was da direkt vor meiner Haustür passiert. Das bedeutet ja nicht, dass wir gegen die Maßnahme sind. Aber es befremdet die Bürger, dass Sie, Herr Enzensperger, immer sagen: Das bauen nicht wir, das geht uns nichts an.“